



Ausgegeben in Steinfurt am 14. August 2020			Nr. 37/2020
Lfd. Nr.	Datum	Titel	Seite
240	10.07.2020	Öffentliche Zustellung einer Benachrichtigung; Az.: 124341878	425
241	05.08.2020	Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zur 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 „Eschgarten II“ der Gemeinde Saerbeck gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b)	425
242	05.08.2020	Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 „Emsweg II“ der Gemeinde Saerbeck gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b)	428
243	10.08.2020	Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. § 8 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV)	430
244	14.08.2020	Bekanntmachung der Allgemeinverfügung zur Umsetzung des Rahmenvertrags zur Durchführung, Abrechnung und Vergütung der Testung asymptomatischer Personen vom 24.07.2020	432
245	13.08.2020	Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Saerbeck über das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Kommunalwahlen in NRW am 13. September 2020 sowie einer ggfs. erforderlichen Stichwahl am 27. September 2020	434

Der Einzelpreis dieser Ausgabe des Amtsblattes beträgt **1,30 €** zuzüglich Zustellungsgebühren.

Einzel Exemplare können im Haupt- und Personalamt der Kreisverwaltung angefordert werden. Für den postalischen Bezug des Amtsblattes werden die o.g. Gebühren erhoben. Der Versand per E-Mail ist kostenlos. Das Amtsblatt kann kostenfrei per E-Mail abonniert werden. Hierzu senden Sie eine formlose E-Mail an nina.erdmann@kreis-steinfurt.de. Darüber hinaus steht das Amtsblatt auf der Internetseite www.kreis-steinfurt.de zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Herausgeber: Der Landrat des Kreises Steinfurt – Haupt- und Personalamt – Tecklenburger Str. 10 – 48565 Steinfurt

Tel.: 02551 69-1005
Fax: 02551 69-1007
E-Mail: post@kreis-steinfurt.de
Internet: www.kreis-steinfurt.de
www.kreis-steinfurt.de

Kreissparkasse Steinfurt
IBAN: DE06 4035 1060 0000 0003 31
BIC: WELADED1STF

Steuernummer: 311/5873/0032 FA ST

VR-Bank Kreis Steinfurt eG
IBAN: DE74 4036 1906 4340 3002 00
BIC: GENODEM1IBB

USt-IdNr.: DE 124 375 892

**240. Öffentliche Zustellung einer Benachrichtigung;
Az.: 32/3-32-16-10-20200015**

Gegen Frau Irina Morozova, zuletzt wohnhaft in 49074 Osnabrück, Buersche Str. 43, ist ein Bescheid des Landrates des Kreises Steinfurt vom 04.08.2020 (Aktenzeichen: 32/3-32-16-10-20200015) ergangen.

Der Bescheid kann vom Empfangsberechtigten im Kreishaus in 48565 Steinfurt, Tecklenburger Str. 10, Zimmer B 685, während der allgemeinen Dienststunden eingesehen bzw. abgeholt werden.

Der Bescheid wird gemäß § 10 Landeszustellungsgesetz NRW durch öffentliche Bekanntmachung dieser Benachrichtigung im Amtsblatt des Kreises Steinfurt öffentlich zugestellt. Er gilt als zugestellt, wenn seit der Bekanntmachung im Amtsblatt zwei Wochen vergangen sind.

Mit dem Tag der Zustellung besteht die Möglichkeit, dass Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Steinfurt, 04.08.2020

KREIS STEINFURT
Der Landrat

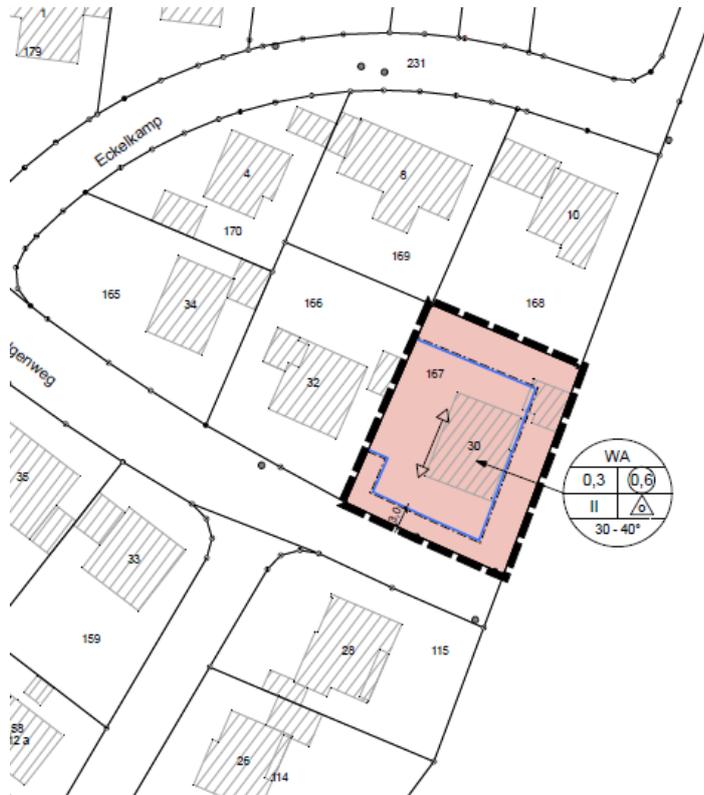
Kreis Steinfurt 37/2020/240

241. Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zur 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 „Eschgarten II“ der Gemeinde Saerbeck gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b)

Der Rat der Gemeinde Saerbeck hat in seiner Sitzung am 30. Juli 2020 die 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 „Eschgarten II“ als Satzung beschlossen. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

Der Rat beschließt die 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 „Eschgarten II“ bestehend aus der Planzeichnung mit den Festsetzungen gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit den §§ 7 und 41 GO NRW als Satzung. Die Begründung zur Bebauungsplanänderung wird beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans ist in nachfolgender Darstellung mit einer breiten Strichlinie umrandet dargestellt:



Mit dem Satzungsbeschluss wird der Umbau eines privaten Wohnhauses zum Zwecke des Mehrgenerationenwohnens planungsrechtlich gesichert.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird gem. § 12 der Hauptsatzung der Gemeinde Saerbeck sowie gem. § 2 Abs. 4 der BekanntmVO NW und des § 7 Abs. 6 der GO NRW in der jeweils derzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 „Eschgarten II“ in Kraft.

Einsichtnahme

Der Bebauungsplan mit Begründung kann vom Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an im Rathaus der Gemeinde Saerbeck, Amt für Planen und Bauen, Ferrières-Straße 11, 48369 Saerbeck, während der Dienststunden eingesehen werden. Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind Besuche derzeit bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Zur Einsichtnahme der Unterlagen vereinbaren Sie bitte telefonisch einen Termin mit dem Amt für Planen und Bauen der Gemeinde Saerbeck unter 02574/ 89-205 oder 89-206.

Außerdem stehen die Planunterlagen zusammen mit dieser Bekanntmachung auf der Internetseite der Gemeinde Saerbeck unter „Bürgerinfo – Planen und Bauen – Bebauungspläne“ zur Einsichtnahme bereit. Über den Inhalt des Bebauungsplans wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Auf die Rechtsfolgen der nachstehenden Bestimmungen des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung NRW wird hingewiesen:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für die Eingriffe in eine bis jetzt zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über die Fälligkeit bzw. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine beachtliche Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs werden gemäß § 215 Baugesetzbuch unbeachtlich, wenn diese nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Genehmigung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde Saerbeck geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung der Vorschriften oder den Mangel der Abwägung begründet, ist darzulegen. Nach § 7 Abs. 6 GO NRW kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen Satzungen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Saerbeck, 05.08.2020

Gemeinde Saerbeck
Der Bürgermeister
Gez. Roos

Kreis Steinfurt 37/2020/241

242. Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 „Emsweg II“ der Gemeinde Saerbeck gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b)

Der Rat der Gemeinde Saerbeck hat in seiner Sitzung am 30. Juli 2020 die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 „Emsweg II“ als Satzung beschlossen. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

Der Rat beschließt die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 „Emsweg II“ bestehend aus der Planzeichnung mit den Festsetzungen gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit den §§ 7 und 41 GO NRW als Satzung. Die Begründung zur Bebauungsplanänderung wird beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans ist in nachfolgender Darstellung mit einer breiten Strichlinie umrandet dargestellt:



Mit dem Satzungsbeschluss wird der Neubau eines privaten Wohnhauses nach Abbruch der bestehenden Gebäude planungsrechtlich gesichert.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird gem. § 12 der Hauptsatzung der Gemeinde Saerbeck sowie gem. § 2 Abs. 4 der BekanntmVO NW und des § 7 Abs. 6 der GO NRW in der jeweils derzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 „Emsweg II“ in Kraft.

Einsichtnahme

Der Bebauungsplan mit Begründung kann vom Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an im Rathaus der Gemeinde Saerbeck, Amt für Planen und Bauen, Ferrières-Straße 11, 48369 Saerbeck, während der Dienststunden eingesehen werden. Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind Besuche derzeit bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Zur Einsichtnahme der Unterlagen vereinbaren Sie bitte telefonisch einen Termin mit dem Amt für Planen und Bauen der Gemeinde Saerbeck unter 02574/ 89-205 oder 89-206.

Außerdem stehen die Planunterlagen zusammen mit dieser Bekanntmachung auf der Internetseite der Gemeinde Saerbeck unter „Bürgerinfo – Planen und Bauen – Bebauungspläne“ zur Einsichtnahme bereit. Über den Inhalt des Bebauungsplans wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Auf die Rechtsfolgen der nachstehenden Bestimmungen des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung NRW wird hingewiesen:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für die Eingriffe in eine bis jetzt zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über die Fälligkeit bzw. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine beachtliche Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs werden gemäß § 215 Baugesetzbuch unbeachtlich, wenn diese nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Genehmigung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde Saerbeck geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung der Vorschriften oder den Mangel der Abwägung begründet, ist darzulegen. Nach § 7 Abs. 6 GO NRW kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen Satzungen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Saerbeck, 05.08.2020

Gemeinde Saerbeck
Der Bürgermeister
Gez. Roos

Kreis Steinfurt 37/2020/242

243. Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. § 8 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV)

Die Firma Westermann GmbH & Co. KG, Okereistraße 7, 49479 Ibbenbüren beantragt beim Kreis Steinfurt, Tecklenburger Straße 10, 48565 Steinfurt, eine Genehmigung gemäß § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit der Nr. 2.1.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV zur Erweiterung eines Steinbruchs um rd. 14,9 ha in der Gemarkung Ibbenbüren, Flur 7 und Verlängerung des Gewinnungsbetriebes in der Gemarkung Ibbenbüren, Flur 8 jeweils bis zum 31.12.2050. Der Gewinnungsbetrieb und die Erweiterung dienen dem Abbau von Sandstein und Ton. Die Verarbeitungskapazität liegt bei 500 t/h. Die beantragten Anlagenänderungen sollen ab dem 01.01.2021 in Betrieb genommen werden. Aufgrund von § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird für das Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Als Bestandteil der Antragsunterlagen wurde ein UVP-Bericht vorgelegt. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein unselbstständiger Teil des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

Der obige Antrag und die Antragsunterlagen sowie die gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 BImSchG vorliegenden entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen mit umweltrelevantem Inhalt (Stellungnahmen der Unteren Naturschutz- und Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt, des Geologischen Dienstes NRW, des Landesbetriebes Wald und Holz NRW, des Dezernats 32 (Regionalentwicklung) der Bezirksregierung Münster, der Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde, der RAG Anthrazit Ibbenbüren GmbH und des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW zum Immissionsschutz) werden ab dem 25.08.2020 bis zum Ablauf des 24.09.2020 während der Dienststunden im Technischen Rathaus der Stadt Ibbenbüren, Roncallistraße 3 - 5, 49477 Ibbenbüren und beim Kreis Steinfurt, Tecklenburger Straße 10, 48565 Steinfurt, Zimmer A 515 zur Einsicht ausgelegt. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie kann eine Einsichtnahme bei den oben genannten Behörden aufgrund von § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSiG) nur nach einer vorherigen Terminvereinbarung erfolgen. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Kreis Steinfurt unter den Telefonnummern 02551/69-1456 oder -1455 bzw. an die Stadt Ibbenbüren unter den Telefonnummern 05451/931-7117 bzw. 7207. Die Sprechzeiten im technischen Rathaus der Stadt Ibbenbüren sind: Montag – Mittwoch von 08:00 bis 16:00 Uhr, Donnerstag von 08:00 bis 18:00 Uhr und Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr. Die Sprechzeiten beim Kreis Steinfurt sind: Montag – Donnerstag: 08:00 bis 16:30 Uhr und Freitag von 08:00 bis 13:00 Uhr.

Der Zugang zu den oben genannten Behörden ist nur mit einer Mund-Nasen-Bedeckung zulässig. Sollten Sie über keinen Internetzugang verfügen und sollte es Ihnen vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie nicht möglich sein, Einsicht in die ausgelegten Unterlagen zu nehmen, wenden Sie sich bitte an den Kreis Steinfurt unter den oben genannten Telefonnummern, um für Sie eine individuelle Lösung zu finden.

Das Vorhaben wird auch auf dem zentralen UVP-Internetportal unter der Adresse www.uvp-verbund.de elektronisch bekannt gegeben. Über diesen Weg sind der Antrag, die Antragsunterlagen und die gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 BImSchG vorliegenden entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen bis zum Ablauf der Einwendungsfrist auch elektronisch einsehbar. Gleiches gilt bzgl. der Internetadresse https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Aktuelles/Bekanntmachungen/.

Die Veröffentlichung im Internet ist vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie vorrangig zu nutzen. Die oben beschriebene analoge Auslegung stellt eine zusätzliche Möglichkeit der Einsichtnahme dar.

Die eingereichten Antragsunterlagen umfassen neben dem UVP-Bericht folgende umweltrelevante Unterlagen: Schalltechnischer Bericht, Messbericht über Immissionsmessungen zur Ermittlung der Vorbelastung an Schwebstaub und Staubbiederschlag, Sprengtechnisches Gutachten, Geotechnischer Untersuchungsbericht, Ergebnisbericht zur Erfassung der Tagfalter und des Nachtkerzenschwärmers, Ergebnisbericht zur Erfassung der Fledermäuse, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Bestandskarte der Biotoptypen und artenschutzrechtliche Darlegungen zur Verlegung eines Weges. Etwaige Einwendungen können beim Kreis Steinfurt und der Stadt Ibbenbüren ab dem 25.08.2020 bis zum Ablauf des 26.10.2020 schriftlich oder elektronisch unter den E-Mail-Adressen umweltundplanungsamt@kreis-steinfurt.de oder Karl-Ludwig.Borgmann@ibbenbueren.de erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Dies gilt nicht für ein sich anschließendes Gerichtsverfahren. Auf Verlangen des Einwenders kann dessen Name und Anschrift vor einer Bekanntgabe der Einwendung an den Antragsteller unkenntlich gemacht werden.

Für den 19.11.2020, 10:00 Uhr wird im Ratssaal des Rathauses der Stadt Ibbenbüren, Alte Münsterstraße 16, 49477 Ibbenbüren ein Erörterungstermin bestimmt. Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird. Die Entscheidung wird öffentlich bekannt gemacht. Formgerecht erhobene Einwendungen können auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder der Einwender erörtert werden. Gemäß § 5 Abs. 2 PlanSiG genügt zur Erörterung von Einwendungen eine Online-Konsultation nach § 5 Abs.4 PlanSiG. Für die Online-Konsultation werden den zur Teilnahme Berechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen (z. B. Stellungnahmen des Antragstellers oder der Fachbehörden zu den Einwendungen) zugänglich gemacht. Den zur Teilnahme Berechtigten wird innerhalb einer vorher bekanntzugebenden Frist Gelegenheit gegeben, sich schriftlich oder elektronisch dazu zu äußern. Die Regelungen zur Online-Konsultation lassen den bereits eingetretenen Ausschluss von Einwendungen unberührt.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntgabe ersetzt werden. Zuständige Genehmigungsbehörde für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens ist der Kreis Steinfurt, 48565 Steinfurt, Tecklenburger Straße 10. Maßgebende Vorschriften für die Beteiligung der Öffentlichkeit sind der § 10 Abs. 3, 4 und 6 BImSchG und die §§ 8 bis 10a und 12 der 9. BImSchV.

Steinfurt, 10.08.2020

Kreis Steinfurt
- Umwelt- und Planungsamt –
Az.: 566.0001/20/2.1.1
Im Auftrag
Dr. Rolf Winters

Kreis Steinfurt 37/2020/243

244. Bekanntmachung der Allgemeinverfügung zur Umsetzung des Rahmenvertrags zur Durchführung, Abrechnung und Vergütung der Testung asymptomatischer Personen vom 24.07.2020

Die Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 vom 08.06.2020, geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 vom 31.07.2020, gewährt einen Anspruch auf Leistungen der Labordiagnostik bei symptomunabhängigen Testungen auf das Vorliegen einer Infektion mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2.

Der Kreis Steinfurt ist dem Rahmenvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Düsseldorf sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Dortmund, dem Städtetag Nordrhein-Westfalen sowie dem Landkreistag Nordrhein-Westfalen e.V. über die mögliche Beauftragung zur Durchführung, Abrechnung und Vergütung der Abstrichentnahmen asymptomatischer Personen im Zuständigkeitsbereich der Kassenärztlichen Vereinigungen vom 24.07.2020 am 07.08.2020 beigetreten. Der Rahmenvertrag ist am 24.07.2020 in Kraft getreten. Unter Bezugnahme auf diesen Rahmenvertrag erlässt der Kreis folgende Regelungen:

1. Zu den Bedingungen des Rahmenvertrages zur Durchführung, Abrechnung und Vergütung der Testung asymptomatischer Personen vom 24.07.2020 beauftragt der Kreis Steinfurt hiermit die diesem Rahmenvertrag beigetretenen Kassenärzte im Bezirk der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe mit der Durchführung der Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 bei folgenden Personen:
 - a) Asymptomatische Personen, die in Einrichtungen nach § 36 Abs. 1 Nr. 2 des Infektionsschutzgesetzes aufgenommen werden.
 - b) Asymptomatisch Personen, deren Pflege und Betreuung nach einer stationären Behandlung von Einrichtungen oder Unternehmen nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 oder 4 der Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 übernommen wird.
2. Diese Allgemeinverfügung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn dies aus sachlichen Gründen, insbesondere aus Gründen des Infektionsschutzes geboten ist.

Diese Verfügung wird hiermit gemäß § 41 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) öffentlich bekannt gemacht. Die Veröffentlichung dieser Allgemeinverfügung erfolgt im Amtsblatt des Kreises Steinfurt. Sie wird am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Steinfurt wirksam.

Begründung:

Die Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 des Bundesministeriums für Gesundheit (VO) gewährt einen Anspruch auf Leistungen der Labordiagnostik bei symptomunabhängigen Testungen auf das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2. Die entsprechende Durchführung sowie die Abrechnung von Abstrichen regelt die Verordnung nicht. Um für Nordrhein-Westfalen die Rahmenbedingungen für eine mögliche Durchführung von Abstrichen sowie ein einheitliches und möglichst unbürokratisches Abrechnungswesen festzulegen, haben Landkreistag und Städtetag NRW am 05.06.2020 die Initiative gegenüber den Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) ergriffen. Es wurden anschließend Verhandlungen zum Abschluss eines Rahmenvertrages über die mögliche Beauftragung zur Durchführung, Abrechnung und Vergütung der Abstrichentnahmen asymptomatischer Personen im Zuständigkeitsbereich der Kassenärztlichen Vereinigungen aufgenommen. Der Rahmenvertrag ist am 24.07.2020 unterschrieben worden und am 24.07.2020 in Kraft getreten.

Es steht den Kommunen in NRW frei, ob sie diesem Vertrag beitreten und in welchem Umfang sie Kassenärzte im Einzelfall oder in Form von Reihentestungen mit der Durchführung von Abstrichen beauftragen. Nach § 1 Abs. 1 der VO ist jeweils eine „Veranlassung durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ (ÖGD) erforderlich, also durch die oberste Landesbehörde (MAGS) oder die Gesundheitsämter. Nach § 4 Abs. 4 des Rahmenvertrages kann hierzu das Instrument der Allgemeinverfügung gem. § 35 Satz 2 VwVfG NRW genutzt werden.

Der Kreis Steinfurt ist dem Rahmenvertrag am 07.08.2020 beigetreten. Mit Blick auf die bei ihm vorhandenen Ressourcen und unter Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen, hat sich der Kreis dazu entschlossen, die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte im Bezirk der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, die ebenfalls dem Rahmenvertrag beigetreten sind, mit der Durchführung der Testung asymptomatischer Personen in den unter Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung genannten Fällen zu beauftragen.

Um flexibel auf eine Änderung der maßgeblichen Umstände reagieren zu können, steht die Beauftragung unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Münster, Manfred-von-Richthofen-Str. 8, 48145 Münster, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzureichen.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortlichen Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg

gemäß § 55 a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung-ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I Seite 3803).

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder Abschrift beigelegt werden.

Hinweis:

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Steinfurt, 11.08.2020

Kreis Steinfurt
Der Landrat
gez. Dr. Martin Sommer
Kreisdirektor/Kommissarischer Behördenleiter

Kreis Steinfurt 37/2020/244

245. Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Saerbeck über das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Kommunalwahlen in NRW am 13. September 2020 sowie einer ggfs. erforderlichen Stichwahl am 27. September 2020

1.)

Das Wählerverzeichnis für die Wahlbezirke der Gemeinde Saerbeck wird in der Zeit vom 24. bis 28. August 2020 während folgender **Öffnungszeiten**

**montags – freitags: 8.30 Uhr – 12.30 Uhr und zusätzlich
donnerstags nachmittags: 14.00 Uhr – 18.00 Uhr**

im **Rathaus**, Ratssaal, Ferrières-Str. 11, 48369 Saerbeck, für Wahlberechtigte zur Einsichtnahme bereitgehalten. Das Wählerverzeichnis wird im automatisierten Verfahren geführt. Die Einsichtnahme ist durch ein Datensichtgerät möglich. Jeder Wahlberechtigte kann die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten überprüfen. Sofern ein Wahlberechtigter die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen überprüfen will, hat er Tatsachen glaubhaft zu machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht auf Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß § 34 Abs. 6 des Meldegesetzes für das Land NRW in der zur Zeit gültigen Fassung eingetragen ist.

Sollte es am 27. September 2020 zu einer Stichwahl für das Amt der Landrätin/des Landrates kommen, wird nach dem gleichen Wählerverzeichnis wie zu der Hauptwahl gewählt.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

2.)

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann während der Einsichtsfrist, spätestens am 28. August 2020 bis 12.30 Uhr, beim Bürgermeister der Gemeinde Saerbeck, Rathaus, Bürgersaal, Ferrières-Str. 11, 48369 Saerbeck, Einspruch einlegen. Der Einspruch kann schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eingelegt werden.

3.)

Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis spätestens zum 23. August 2020 eine Wahlbenachrichtigung für die Kommunalwahlen sowie für eine ggfs. erforderliche Stichwahl für das Amt der Landrätin/des Landrates. Die Benachrichtigung enthält einen Vordruck für einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines. In der Wahlbenachrichtigung sind der Wahlbezirk und der Wahlraum angegeben, in dem die Wahlberechtigten zu wählen haben. Barrierefrei zugängliche Wahlräume sind entsprechend gekennzeichnet. Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, wahlberechtigt zu sein, muss Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen, wenn er nicht Gefahr laufen will, dass er sein Wahlrecht nicht ausüben kann. Wahlberechtigte, die nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen werden und die bereits einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragt haben, erhalten keine Wahlbenachrichtigung.

4.)

Wer einen Wahlschein hat, kann an den Wahlen in seinem Wahlbezirk durch Stimmabgabe im Wahlraum oder durch Briefwahl teilnehmen.

5.)

Einen Wahlschein erhält auf Antrag,

5.1 jeder in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte,

5.2 ein nicht in das Wählerverzeichnis eingetragener Wahlberechtigter, wenn

- a) er nachweist, dass er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund die Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis versäumt hat,
- b) er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen worden ist,
- c) seine Berechtigung zur Teilnahme an der Wahl erst nach der Einspruchsfrist entstanden ist oder sich herausstellt.

6.)

Wahlscheine können von in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten bis zum Freitag vor der Wahl, 11. September 2020, 18.00 Uhr, bei der Gemeinde Saerbeck, Rathaus, Ratssaal, Ferrières Str. 11, 48369 Saerbeck, mündlich, schriftlich oder elektronisch beantragt werden (siehe auch Öffnungszeiten des Rathauses – Ziffer 1. -). Dabei müssen Familienname, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) angegeben werden. Im Falle einer nachweislich plötzlichen Erkrankung, die ein Aufsuchen des Wahlraums nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten möglich macht, kann der Antrag noch bis zum Wahltag, 13. September 2020, 15.00 Uhr, gestellt werden. Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass ihm der beantragte Wahlschein nicht zugegangen ist, kann ihm bis zum Tage vor der Wahl, 12.00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden. Nicht in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte können aus den unter Ziffer 5.2 angegebenen Gründen den Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, stellen. Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Ein Wahlberechtigter kann sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

7.)

Mit dem Wahlschein erhält der Wahlberechtigte weiterhin

- je einen amtlichen Stimmzettel für die Wahl, für die er wahlberechtigt ist. Dieser ist am 13. September 2020 für die Landratswahl gelb, für die Kreistagswahl rot, für die Bürgermeisterwahl grün und für die Gemeinderatswahl blau mit jeweils schwarzem Aufdruck.
- einen für alle Wahlen gemeinsamen amtlichen blauen Stimmzettelumschlag,

- einen amtlichen, mit der Anschrift, an die der Wahlbrief zurückzusenden ist, versehenen roten Wahlbriefumschlag und
- ein Merkblatt für die Briefwahl.

An eine andere Person als dem Wahlberechtigten, werden Wahlschein und Briefwahlunterlagen nur ausgehändigt, wenn die Empfangsberechtigung durch schriftliche Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt; dies hat sie der Gemeindebehörde vor Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen. Wer durch Briefwahl wählt, kennzeichnet persönlich den/die Stimmzettel, legt ihn/sie in den amtlichen blauen Stimmzettelumschlag, verschließt diesen, unterzeichnet die auf dem Wahlschein vorgedruckte Versicherung an Eides statt, steckt den Wahlschein und den blauen Stimmzettelumschlag in den amtlichen roten Wahlbriefumschlag und verschließt diesen.

8.)

Bei der Durchführung einer Stichwahl für das Amt der Landrätin/des Landrates am 27. September 2020 können Wahlscheine von in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten bis zum 25. September 2020, 18.00 Uhr, mündlich oder schriftlich beantragt werden, sofern der Wahlschein für die Stichwahl nicht bereits mit dem Wahlscheinantrag für die Hauptwahlen am 13. September 2020 beantragt wurde. Die Ziffern 6. und 7. gelten sinngemäß. Der amtliche Stimmzettel wird bei einer Stichwahl für das Amt der Landrätin/des Landrates blau sein.

9.)

Bei der Briefwahl muss der Wähler den Wahlbrief mit dem/den Stimmzettel/n und dem Wahlschein so rechtzeitig an die angegebene Stelle absenden, dass der Wahlbrief dort spätestens am Wahltage bis 16.00 Uhr eingeht. Die Wahlbriefe werden innerhalb des Bundesgebietes ohne besondere Versendungsform von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Sie können auch bei der auf dem Wahlbrief angegebenen Stelle abgegeben werden.

Saerbeck, 13. August 2020

Gemeinde Saerbeck
Der Wahlleiter
gez. Roos

Kreis Steinfurt 37/2020/245